Expertenworkshop

„Landschaftsschutz im Münsterland – quo vadis?“

Veranstalter: Stiftung Lebenswerte Landschaft

Datum: 09. Dezember 2025

Ort: Gut Havichhorst, Münster

Einführung und Teilnehmerkreis

Vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Nutzungsansprüche an den ländlichen Raum lud die Stiftung Lebenswerte Landschaft zu einem interdisziplinären Expertenworkshop ein. Dieser Einladung folgte ein breiter Kreis ausgewiesener Experten. Die landwirtschaftliche Praxis wurde durch Vertreter des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLV) repräsentiert. Den Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege bildeten die Bezirksregierung Münster als zuständige Naturschutzverwaltung, die Stiftung Westfälische Kulturlandschaft und die Biologische Station Kreis Steinfurt ab. Wissenschaftliche Expertise der Universität Münster sowie Perspektiven der Regionalentwicklung vervollständigten das fachliche Spektrum der Runde. Das zentrale Ziel der Veranstaltung bestand in einer kritischen Bestandsaufnahme der aktuellen Situation im Münsterland sowie in der gemeinsamen Erörterung tragfähiger Zukunftsstrategien, insbesondere unter Berücksichtigung der sich wandelnden europäischen und bundespolitischen Rahmenbedingungen.

Analyse des Status quo: Die „Normallandschaft“ unter Druck

In der Analyse der Ausgangslage herrschte unter den Experten weitgehende Einigkeit darüber, dass die Kulturlandschaft des Münsterlandes – die sogenannte „Normallandschaft“ jenseits der streng geschützten Reservate – akut gefährdet ist. Es wurde eine Kumulation verschiedener Stressfaktoren identifiziert, die sich gegenseitig verstärken. So wurde eindringlich auf den anhaltenden Rückgang der Artenvielfalt und das Phänomen eines „stummen Frühlings“ hingewiesen. Fachseitig wurde in diesem Kontext betont, dass eine strikte Trennung zwischen allgemeinem Landschaftsschutz und spezifischem Artenschutz in der ökologischen Praxis kaum noch sinnvoll

oder möglich ist. Verschärft wird diese Situation durch eine enorme Flächenkonkurrenz. Die Ansprüche an die begrenzten Ressourcen wachsen exponentiell, sei es durch den notwendigen Siedlungsbau, große Infrastrukturprojekte wie den Trassenbau für die Übertragungsnetze, den forcierten Ausbau erneuerbarer Energien oder die naturschutzfachlichen Kompensationserfordernisse. Gleichzeitig wurde ein massiver Ressourcenmangel bei der Umsetzung beklagt. Sowohl auf behördlicher Seite als auch im operativen Naturschutz fehlt es an Personal und finanziellen Mitteln, um diese komplexen Aufgaben adäquat zu bewältigen. Aus Sicht der Bezirksregierung wurde zudem angemerkt, dass der Naturschutz in der politischen Wahrnehmung derzeit häufig als bürokratisches Hindernis gesehen werde, was die Akquise der dringend benötigten Ressourcen zusätzlich erschwere.

Politische Rahmenbedingungen als Belastungsprobe

Ein wesentlicher Teil der Diskussion widmete sich den externen steuernden Faktoren, die maßgeblich aus Brüssel und Berlin vorgegeben werden. Die Fülle neuer Regelwerke – genannt wurden unter anderem der EU Green Deal, die Wiederherstellungsverordnung (NRL), die RED III-Richtlinie für erneuerbare Energien, die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) sowie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – wird von den lokalen Akteuren äußerst ambivalent bewertet. Während die inhaltlichen Ziele dieser Verordnungen, wie der Klimaschutz und der Erhalt der Artenvielfalt, von den Anwesenden weitgehend geteilt wurden, stieß die praktische Umsetzung auf massive Kritik. Bemängelt wurde insbesondere die hohe Schlagzahl gesetzlicher Änderungen, die teilweise in Abständen von wenigen Monaten erfolgen und somit jegliche langfristige Planungssicherheit untergraben. Viele Vorgaben, wie etwa die diskutierte „Sustainable Use Regulation“ (SUR), wurden von den Praktikern als handwerklich unausgereift oder regional nicht hinreichend differenziert empfunden. Das Resultat dieser regulatorischen Dichte sei eine spürbare Überforderung der Umsetzungsakteure vor Ort.

Perspektiven und Konfliktlinien: Das „Wie“ der Umsetzung

Das Protokoll der Sitzung verdeutlicht, dass zwar ein grundlegender Konsens über das Ziel des Landschaftserhalts besteht, die Perspektiven auf die Wege dorthin jedoch variieren. Diese unterschiedlichen Sichtweisen wurden im Workshop offen und konstruktiv ausgetauscht. Den Vertre-

tern der Landwirtschaft war es wichtig zu betonen, dass Landwirte primär als Produzenten und aktive Gestalter der Kulturlandschaft verstanden werden wollen und nicht lediglich als Landschaftspfleger. Ein strukturelles Problem stelle dabei oft die Eigentumsform dar: Da viele Bewirtschafter Pächter sind, ist eine langfristige Bindung an Naturschutzmaßnahmen, wie etwa der Aufbau von Agroforstsystemen, schwierig, da der Rückbau oder die Weiternutzung nach Pachtende oft ungeklärt sind. Zudem hätten sich z.B. bei FFH-Gebietsausweisungen die rechtlichen und praktischen Auswirkungen teilweise anders entwickelt als ursprünglich antizipiert, was zu einer gewissen Skepsis geführt habe. Die zentrale Forderung der Landwirtschaft lautete daher Planungssicherheit und ökonomische Tragfähigkeit.

Demgegenüber stand die naturschutzfachliche Sicht, vertreten durch Biologische Stationen und Planungsbüros. Hier wurde betont, dass das Prinzip der bloßen Freiwilligkeit angesichts des rasanten Artensterbens nicht mehr ausreiche. Die Biologische Station sah neben der weiteren Optimierung der Schutzgebiete eine Stärkung des kooperativen Ansatzes vor Ort als entscheidend an. Dabei müsse der kooperative Ansatz in allen Bereichen ausreichend finanziell unterstützt werden. Es brauche klare Zieldefinitionen darüber, was ökologisch notwendig ist, bevor Mittel verteilt werden. Die Verwaltung wiederum beschrieb ihre Position als Zwickmühle zwischen den starren Vorgaben „von oben“ und dem Widerstand „von unten“.

Lösungsansätze und Instrumente

Trotz dieser unterschiedlichen Ausgangspositionen mündete die Diskussion in der Erarbeitung konkreter, praxisorientierter Handlungsoptionen für das Münsterland. Sinnbildlich wurde die **Notwendigkeit eines fundamentalen Vertrauensaufbaus** betont, um das teilweise belastete Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Naturschutz zu heilen. Transparenz sowie Ehrlichkeit bezüglich unvermeidbarer Restriktionen wurden als essenzielle Bausteine für neues Vertrauen identifiziert.

Ein weiterer zentraler Punkt war die ökonomische Honorierung: Naturschutzleistungen wie das Anlegen von Blühstreifen, Gewässerrandstreifen oder die Pflege von Hecken müssen als echte Dienstleistung verstanden und adäquat vergütet werden, damit Landwirte ein tragfähiges Geschäftsmodell für den Landschaftsschutz entwickeln können.

Auch die klassischen Planungsinstrumente kamen auf den Prüfstand. So wurde vorgeschlagen, die Flurbereinigung nicht mehr nur zur Agrarstrukturverbesserung, sondern gezielt für ökologische

Zwecke wie Biotopvernetzung und Wasserrückhalt einzusetzen. Da Flächenverkäufe im Münsterland kaum stattfinden, müssten zudem intelligente Tauschmodelle entwickelt werden, um Nutzungskonflikte räumlich zu entzerren. Großes Potenzial für Synergien sahen die Experten in der Zusammenarbeit von Wasserwirtschaft und Landwirtschaft. Maßnahmen, die das Wasser in der Fläche halten, dienen der landwirtschaftlichen Dürre-Resilienz ebenso wie dem Erhalt von Feuchtbiotopen. Schließlich wurde auch der technologische Fortschritt als Lösungsansatz diskutiert. Eine „Innovationsbörse" könnte Landwirten helfen, mittels Fernerkundung, GPS und digitalen Anwendungen Naturschutzvorgaben präzise und effizient in die Bewirtschaftung zu integrieren, ohne die Betriebsabläufe unnötig zu stören.

Fazit und Ausblick

Der Workshop endete mit einem klaren Bekenntnis aller Beteiligten zur Fortsetzung des Dialogs. Die Teilnehmer betonten übereinstimmend, dass die anstehenden Herausforderungen nur in einem regionalen Schulterschluss zu bewältigen sind. Als nächste Schritte wurden die Verstetigung des Austauschs durch die Etablierung einer dauerhaften Plattform auf Münsterland-Ebene sowie die Erarbeitung einer regionalen Zieldefinition festgehalten. Es gilt, ein gemeinsames Leitbild für die Landschaftsentwicklung zu entwerfen, das die abstrakten EU-Vorgaben in konkrete, regionale Handlungsziele übersetzt. Zudem sollen Pilotprojekte gefördert werden, die als Best-Practice-Beispiele belegen, dass Kooperation funktioniert und wirtschaftlich tragfähig ist. Die Stiftung Lebenswerte Landschaft kündigte an, diesen Prozess weiter aktiv zu begleiten, um die im Workshop begonnene Annäherung der Perspektiven in konkretes Handeln zu überführen.

Dr. Andreas Müterthies, Dr. Patrick-Johannes Wolf
Stiftungsvorstände